



Newsletter

2 | 2013



Die solare Revolution frisst ihre Kinder



Dr. Franz Alt

Von Dr. Franz Alt.

Solarworld ist gerettet – zumindest vorläufig. Die Art und Weise der Rettung und ihr Preis sind aber eher ein Symbol der Krise als ein Zeichen der Hoffnung auf Zukunft in der deutschen Solarbranche. Und was ist die Ursache der Krise?

In der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung dieser Tage sind meist die „chinesischen Billighersteller“ schuld am Sonnenuntergang der deutschen Branche. Conergy, Solon oder Q-Cells liegen in Trümmern, Solarworld steht noch immer am Abgrund.

Weltkonzerne wie Siemens und Bosch sind aus dem Solargeschäft ausgestiegen. Wer aber ist wirklich schuld daran, dass Deutschlands grüne Revolution ins Straucheln geriet?

Der dramatische Absturz der einst von der ganzen Welt bewunderten Branche in Deutschland ist primär hausgemacht. Er ist einer falschen Politik der Bundesregierung geschuldet.

Es ist vor allem politisches Versagen, dass die Zahl der Arbeitsplätze von etwa 120.000 innerhalb von 18 Monaten auf 88.000 gesunken ist.

Die Insolvenz-Welle begann Anfang 2012 als die schwarz-gelbe Bundesregierung beim Kürzen der PV-Einspeise-Vergütung Augenmaß mit Kahlschlag verwechselte – vor allem der FDP-Teil dieser Koalition und der CDU-Wirtschaftsflügel.

Die Solarbranche hat über 12 Jahre damit rechnen können, dass die Einspeise-Vergütung pro Jahr um fünf Prozent zurückgefahren wird. Daraus wurden aber im letzten Jahr überhastet bis zu 50%. Auch keine andere Branche hätte diese Brutalität überstehen können. Und Peter Altmaier hat 2013 mit seinem Gerede über die Strompreis-Bremse das Desaster noch verstärkt.

Auch diese Bundesregierung sonnte sich lange im Erfolg der deutschen Solarbranche und warb mit dem Versprechen auf viele neue Arbeitsplätze für die Energiewende. Mit der jetzigen Politik aber frisst die solare Revolution ihre Kinder.

Es ist geradezu tragikomisch, dass ausgerechnet Wirtschaftsminister Rösler sich an die Spitze derer geschwungen hat, welche die wichtigste Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts abgemurkt und über 30.000 Arbeitsplätze vernichtet haben. Zudem haben wir noch einen Umweltminister, der sich rühmt, den Zubau von Solarmodulen 2013 gegenüber 2012 halbiert zu haben.

Es ist ganz offensichtlich: Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Energiewende, aber die derzeitige Bundesregierung verstolpert sie, obwohl sie diese Wende gleichzeitig propagiert. Deutschland wurde dank des EEG Solarweltmeister.

Nicht „chinesische Billigware“, sondern eine katastrophale Politik in Berlin hat den Erfolg der deutschen Technik jetzt kaputt gemacht.

Die Solarbranche ist weltweit nicht am Ende, sondern erst am Anfang. Der Strom vom Hausdach ist bereits in vielen Ländern billiger als der alte fossil-atomare Stoff. Das ist ein Geschenk Deutschlands an die Welt, vor allem an die Menschen in den sonnenreichen Ländern der Dritten Welt.

Dieses EEG hat die effizienteste Entwicklungspolitik zustande gebracht. Anstatt mit diesem Pfund zu wuchern und die Chancen der solaren Weltrevolution zu propagieren und zu nutzen, machen Regierungspolitiker diesen Erfolg madig. **An der solaren Weltrevolution führt kein Weg vorbei.**

Wenn „Made in Germany“ dabei zu den Gewinnern zählen will, dann brauchen wir eine intelligenterere Politik und intelligenterere Politiker. Die sitzen aber zurzeit eher in Peking als in Berlin.

Inhalt

Die solare Revolution frisst ihre Kinder	2
Photovoltaik leistet wichtigen Beitrag zum Energiesystem der Zukunft	3
Erneuerbare Energien: Schneller Ausbau lohnt	4
Neue Märkte für Infrastrukturinvestments in Erneuerbare Energien	5
Industrieländer schaden der Umwelt viel mehr als gedacht	7
Nachhaltige Geldanlagen – Eine Übersicht für institutionelle Anleger	8
Studie zur Energiewende von Deloitte und Norton Rose	10

Photovoltaik leistet wichtigen Beitrag zum Energiesystem der Zukunft

Strom aus Photovoltaikanlagen wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle bei der Stromversorgung in Deutschland und Europa spielen. Aus Sicht des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (Fraunhofer ISE) ist bereits aus heutiger Sicht ein Energiesystem möglich, welches ausschließlich auf Erneuerbaren Energien basiert. Dieser Einschätzung liegen verschiedene Szenarien zugrunde, die vom Bundesumweltministerium (BMU) und vom Umweltbundesamt (UBA) erstellt wurden. Photovoltaik-Strom deckt in diesen Szenarien einen wesentlichen Teil des Energiebedarfs, teilweise bis zu 30 Prozent. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die energiewirtschaftlichen Strukturen angepasst werden.



Mittelfristig: Mehr Flexibilität

In der mittelfristigen Perspektive bis 2020 sollte nach Einschätzung des Fraunhofer ISE die Flexibilität des Energiesystems erhöht werden. Dafür erforderlich ist neben einem weiteren Ausbau der installierten Photovoltaikleistung unter anderem:

- › eine stärkere Steuerung der Stromnachfrage entsprechend der Verfügbarkeit von Solar- und Windstrom. Denkbar sind beispielsweise günstigere Stromtarife während der Mittagszeit, da Solarkraftwerke dann den meisten Strom liefern.
- › die Optimierung von Kraftwerken mit speicherbaren, erneuerbaren Energieträgern (wie Wasserkraft) für den komplementären Betrieb, damit sie dann einspringen können, wenn Wind- und Solarkraftwerke nur wenig Energie produzieren. Das ist zum Beispiel an windstillen, trüben Wintertagen und -abenden der Fall, an denen zugleich der Stromverbrauch sehr hoch ist.
- › der Ausbau der Wärmeversorgung durch Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen mit thermischen Speichern.
- › die Abschaltung von Braunkohle- und Kernkraftwerken, da diese besonders unflexibel sind. Gleichzeitig sollten Gas- und Steinkohlekraftwerke so umgebaut werden, dass sie flexibler betrieben werden können.

- › der Ausbau der Stromnetzverbindungen ins Ausland, um Nachfrage- und Produktionsschwankungen besser ausgleichen zu können.

Langfristig: Ausbau der Speichermöglichkeiten

Langfristig, also bis 2050, sollte der Fokus beim Umbau des Energiesystems stärker auf Maßnahmen liegen, welche die Speicherung von Energie verbessern. Darunter fallen unter anderem:

- › die komplette Umstellung der Wärmeversorgung auf Erneuerbare Energien und Optimierung des baulichen Wärmeschutzes,
- › die Umstellung des Verkehrs auf Erneuerbare Quellen,
- › der Ausbau der Speichermöglichkeiten für Energie,
- › die Einstellung des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen.

Eine Studie des UBA erwartet, dass im Jahr 2050 eine wirtschaftliche Stromerzeugung möglich ist, die zu 100 Prozent auf n Energien beruht. Dabei wird angenommen, dass Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 120 Gigawatt installiert sind. Das Fraunhofer ISE geht sogar davon aus, dass es in einem solchen Energiesystem wirtschaftlich optimal wäre, Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 200 Gigawatt am Netz zu haben.

Erneuerbare Energien: Schneller Ausbau lohnt

Erneuerbare Energien sparen im Vergleich zu fossil-atomarer Stromerzeugung 54 Milliarden Euro bis 2030.

Ein schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu einer kräftigen Kostenersparnis. Die Anlagen produzieren schon heute zum Teil deutlich günstiger Strom als der konventionelle Kraftwerkspark. Bis zum Jahr 2030 summiert sich der Kostenvorteil auf insgesamt 54 Milliarden Euro. Jede Kilowattstunde Strom aus neu gebauten Wind-, Wasser- und Solaranlagen kostet dann im Schnitt 3,1 Cent weniger als Strom aus fossilen Quellen.

Das geht aus einer aktuellen Greenpeace-Energy-Studie hervor, die das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag erstellte. Die Wissenschaftlerinnen verglichen die Kosten von konventioneller und regenerativer Stromerzeugung von heute bis 2050.

„Die Studie zeigt: Es ist nicht nur ökologisch richtig, den Ausbau weiterhin energisch voranzutreiben, sondern auch wirtschaftlich vernünftig“, sagt Marcel Keiffenheim, Leiter Energiepolitik von Greenpeace Energy. Politischen Bestrebungen, das Tempo der Energiewende zu drosseln, müsse deshalb eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Je langfristiger der Betrachtungszeitraum, desto stärker rentiert sich der rasche Ausbau von Wind, Wasser und Sonne.

Laut Studie steigert sich der Kostenvorteil der Erneuerbaren Energien auf 522 Milliarden Euro bis 2050. Die separate Betrachtung der einzelnen Energien zeigt, dass Windstrom mit 405 Milliarden Euro den größten Anteil am „Nettonutzen“ hat.

Die Autorinnen Lena Reuster und Swantje Küchler begründen die positive Bilanz der Erneuerbaren Energien zweifach: Atom und Kohle verursachen Umweltschäden, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Jede Kilowattstunde grüner Strom hilft, diese Umweltschäden zu vermeiden.

Zum anderen schmelzen die Kosten für neue Ökostrom-Anlagen dank technischer Weiterentwicklung und wachsender Routine mehr und mehr dahin. „Es sind vor allem die Folgekosten von Kohle- und Atomstrom, die in der politischen Debatte um den Strompreis konsequent ausgeblendet werden“, moniert Lena Reuster vom FÖS.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) mit Sitz in Berlin ist ein überparteilicher und unabhängiger Think-Tank. Die Energie-Genossenschaft Greenpeace Energy versorgt deutschlandweit mehr als 110.000 Kunden mit Ökostrom sowie dem neuen Gasprodukt proWindgas und baut saubere Kraftwerke.

Quelle: Greenpeace Energy eG 2013 / Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) 2013

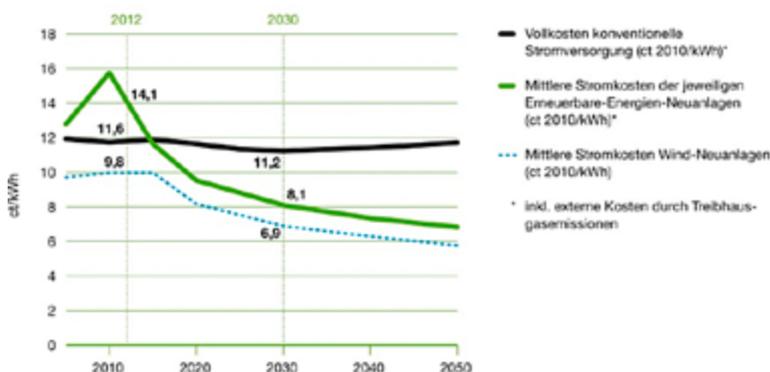
Erneuerbare sparen

Kostenersparnis durch den Ausbau der erneuerbaren Energien



Vorteil Erneuerbare

Kostenentwicklung der konventionellen und der erneuerbaren Stromerzeugung im Vergleich



Neue Märkte für Infrastrukturinvestments in Erneuerbare Energien

Türkei: Großes Potenzial für Photovoltaik

Die türkische Regierung forciert den Ausbau Erneuerbarer Energien: Bis zum Jahr 2023 sollen mindestens 30 Prozent des Strombedarfs auf diesem Weg gedeckt werden. Dabei wird neben der Wasserkraft die Photovoltaik eine wichtige Rolle spielen. Bisher basiert die Energieversorgung der Türkei größtenteils auf Gas- und Kohlekraftwerken. Die benötigten Energierohstoffe muss das Land größtenteils teuer importieren, da es nur über wenige Lagerstätten verfügt.

Investitionsanreize und hohe Sonneneinstrahlung

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedene Investitionsanreize geschaffen. Bereits seit 2005 existiert eine Verordnung über Erneuerbare Energien, die 2012 präzisiert wurde. Betreiber von Solaranlagen können demnach entscheiden, ob sie den erzeugten Strom frei auf dem Markt anbieten oder zu einem fixen Preis abgeben. Dieser beträgt derzeit 13,3 US-Cent je Kilowattstunde und wird zehn Jahre lang für alle Anlagen garantiert, die bis Ende 2015 ans Netz gehen. Der garantierte Einspeisepreis ist mit umgerechnet gut 10 Eurocent vergleichbar mit dem derzeitigen Vergütungsniveau in Deutschland. Die durchschnittliche Sonnenscheindauer in der Türkei beträgt 7,2 Stunden am Tag, das sind 2.640 Stunden pro Jahr. Dieser Wert liegt somit deutlich über dem Mittelwert für Deutschland von 1.550 Stunden im Jahr.

Hindernis Bürokratie

Doch es gibt auch einige Hindernisse: Für den Betrieb einer Solaranlage sind verschiedene Lizenzen notwendig, die von der Behörde zur Energieregulierung vergeben werden. Da die Gesetze noch vergleichsweise neu sind, ist der Bereich unbekanntes Terrain für viele Beamte. Es kann also zu längeren und schwer abzuschätzenden Bearbeitungszeiten kommen.

Großbritannien: Inzwischen sechstgrößter Photovoltaik-Markt der Welt

NPD Solarbuzz Inc. (Santa Clara, Kalifornien, USA) hat Einzelheiten zum britischen

Photovoltaik-Markt im ersten Halbjahr 2013 veröffentlicht. Die meisten Photovoltaik-Neuinstallationen seien aufgrund der staatlichen Vorgaben für Erneuerbare Energien (RO) erfolgt und nicht aufgrund von Einspeisevergütungen.

Großbritannien wurde im ersten Halbjahr 2013 der weltweit sechstgrößte Photovoltaik-Markt und könnte bis Jahresende auf Platz fünf vorrücken, da der Zubau in Italien nach Abschaffung der Einspeisevergütung für Solarstrom wahrscheinlich einbrechen wird.

In Großbritannien entwickelte sich der Photovoltaik-Markt später als in anderen europäischen Ländern. Nach Einführung der Förderung im Jahr 2010 begann er spürbar zu wachsen. Seither ist er einer der wenigen Märkte, die jährlich um mehr als 200 % zulegen.

Stabile Förderpolitik sorgt für stabiles Wachstum

Das Wachstum wird hauptsächlich durch große Photovoltaik-Freiflächenanlagen getrieben, die nicht wie Aufdachanlagen mit Einspeisevergütungen gefördert werden, sondern über das ROC-Programm (ROC = renewables obligation certificates). Energieversorger sind verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zu bestreiten.

> Fortsetzung auf Seite 6

ROC-Programm

Zeitraum	Anteil an Stromerzeugung in %	Buy Out Preis (£/MWh)	Preis pro kWh (p/kWh)
01.04.2002 bis 31.03. 2003	3.0	£30.00	0.09
01.04.2003 bis 31.03. 2004	4.3	£30.51	0.13
01.04.2004 bis 31.03. 2005	4.9	£31.39	0.15
01.04.2005 bis 31.03. 2006	5.5	£32.33	0.18
01.04.2006 bis 31.03. 2007	6.7	£33.24	0.22
01.04.2007 bis 31.03. 2008	7.9	£34.30	0.29
01.04.2008 bis 31.03. 2009	9.1	£35.76	0.33
01.04.2009 bis 31.03. 20103	9.7	£37.19	0.36
01.04.2010 bis 31.03. 2011	11.1	£36.99	0.41
01.04.2011 bis 31.03. 2012	12.4	£38.69	0.48
01.04.2012 bis 31.03. 2013	15.8	£40.71	0.64
01.04.2013 bis 31.03. 2014	20.6	£42.02	0.87

Quelle: Wikipedia

Asiatische Hersteller von Solarzellen und -modulen dominieren seit einigen Jahren den Solarmarkt weltweit. Inzwischen ziehen die asiatischen Länder auch auf der Installationsseite nach.

> Fortsetzung von Seite 5

Das bedeutet für Energieversorger, die den festgelegten Anteil an Strom aus Erneuerbaren Energien nicht in ihrem Portfolio haben, einen entsprechenden Betrag in einen „Buy-Out –Fund“ einzahlen zu müssen. Im Gegenzug erhalten diejenigen, die ihre Quote erfüllen einen entsprechenden Ausgleich aus dem Buy-Out-Fund. Die ROC-Förderung wird jedes Jahr am 31. März angepasst und gilt für ein Jahr. Alle Anlagen, die bis zum 31. März 2014 ans Netz gehen erhalten noch 1,6 ROCs und ab dem 1. April 2014 1,4 ROCs.

Eine stabile, vorhersagbare Förderung – selbst mit Kürzungen – stabilisiere den Markt, betont Solarbuzz. Aber auch externe Faktoren wie die Verfügbarkeit von Komponenten könnten den Photovoltaik-Markt beeinflussen.

USA: Interessanter Markt mit verschiedenen Incentivierungsmodellen

Die USA sind mit 7,7 GW installierter Photovoltaikleistung ein etablierter Markt. Allein im Jahr 2012 wurden 3,3 GW neue PV-Leistung installiert. Dies ist eine Steigerung von 76% gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2011. Vor dem Hintergrund, dass in den meisten Staaten festgelegt ist, dass bis 2020 15-25% der Energie aus Erneuerbaren Energien kommen soll, gibt es in den USA verschiedene Incentivierungsmodelle für Solarinvestments:

- › 30% Investment Tax Credit (“ITC”)
- › Sonderabschreibungen
- › Örtliche Incentives (SREC, Einspeisetarife, Performance orientierte Förderungen)

Der US Markt ist in seiner Art sehr heterogen und in Bezug auf die Ausgestaltung der Fördersysteme je nach Bundesstaat unterschiedlich aufgestellt. Insbesondere staatliche Steuerincentivierungen in Form von “Tax Credits” und Sonderabschreibungen sind die am weitest verbreiteten Förderungen.

Japan: 2013 der attraktivste Markt für Solarfirmen aus aller Welt

Asiatische Hersteller von Solarzellen und -modulen dominieren seit einigen Jahren den Solarmarkt weltweit. Inzwischen ziehen die asiatischen Länder auch auf der Installationsseite nach. Im vierten Quartal 2012 wurden zum Beispiel in Asien vier Gigawatt zugebaut, was rund der Hälfte der weltweit in diesem Zeitraum zugebauten Photovoltaikleistung entspricht. Der am schnellsten wachsende und attraktivste Markt ist derzeit Japan.

Abschaltung der meisten japanischen Kernkraftwerke

Haupttreiber für das starke Wachstum des japanischen Solarmarkts sind die attraktiven Fördertarife sowie der hohe Strombedarf aufgrund der Abschaltung der meisten japanischen Kernkraftwerke als Folge der Tragödie von Fukushima. Solaranlagen in Japan erhalten für 20 Jahre eine Einspeisevergütung von 38 Yen/kWh (0,29 €/kWh) und damit deutlich mehr als vergleichbare Anlagen in Deutschland. Es wird erwartet, dass Japan spätestens im nächsten Jahr Deutschland im Zubau neuer Solaranlagen sowohl in Bezug auf die Größe als auch hinsichtlich der Umsätze überholen wird. Japan diskutiert aktuell Ausbauziele für Erneuerbare Energien im Bereich von 25% - 35% der gesamten Energieerzeugung bis zum Jahr 2030. Der Anteil Japans am globalen PV-Systemmarkt wird von 9% im Jahr 2011 über 14% in 2012 auf ca. 24% in 2013 steigen. Der Zubau neuer PV-Anlagen in Japan wird von 11 Mrd. US\$ in 2012 auf ca. 20 Mrd. US\$ steigen und somit ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr von über 80% erreichen.

Mit einer installierten Gesamtkapazität von rund 7.000 Megawatt zum Jahresende 2012 zählt der japanische Photovoltaikmarkt auch hinsichtlich der bürokratischen Abwicklung zu den etablierten Märkten.

Industrieländer schaden der Umwelt viel mehr als gedacht

Tommy Wiedmann dürfte in dieser Woche einige Politiker und Wissenschaftler vor den Kopf gestoßen haben. Der Ökonom und Nachhaltigkeitsforscher von der australischen Universität New South Wales hat eine Studie veröffentlicht, die ein ziemlich drastisches Urteil über die Folgen des Wirtschaftswachstums in entwickelten Ländern fällt: **Die Welt verbraucht viel mehr Ressourcen, als Regierungen und Organisationen wie die UN vorrechnen.**

Damit sich der Ressourcen hunger der Welt nicht bis 2050 verdoppelt und der Planet an seine Grenzen stößt, müssen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Glaubt man den bisher kursierenden Zahlen, hat dieser Prozess in höher entwickelten Ländern bereits begonnen.

Durch effizientere Technologien, Recycling-Prozesse und die Zunahme des Welthandels sind Länder wie Deutschland für jede zusätzliche Einheit Bruttoinlandsprodukt auf immer weniger natürliche Ressourcen angewiesen, um ihr Wachstum zu treiben. **Das ist der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum.**

Wiedmann und seine Kollegen aber warnen: **Dieser als „relative Entkopplung“ von Wachstum und Ressourcenverbrauch bekannte Prozess ist nach ihren neuen Berechnungen viel kleiner als bislang angenommen, und in einigen Ländern findet er noch überhaupt nicht statt.**

„Mit den aktuellen Messgrößen sind Regierungen nicht in der Lage, ihren tatsächlichen Ressourcenverbrauch zu messen“, sagt Wiedmann. Weniger Umweltschäden für jedes Prozent Wirtschaftswachstum – das ist offenbar noch frommes Wunschdenken.

Weltweit 70 Milliarden Tonnen Rohstoffe

Für die Berechnungen entwickelten er und Kollegen der nationalen australischen Wissenschaftsagentur CSIRO, der Universität Sydney und der kalifornischen Universität in Santa Barbara ein neues Modell, mit dem sie den Fluss von Rohstoffen in der Weltwirtschaft über einen Zeitraum von 18 Jahren und so den „materiellen Fußabdruck“ von fast allen Ländern der Erde messen konnten.

In 2008 wurden demnach weltweit 70 Milliarden Tonnen Rohstoffe abgebaut – die Autoren zählen dazu Eisenerze, Biomasse (also etwa Holz), fossile Brennstoffe und Mineralien. Zehn Milliarden Tonnen wurden direkt gehandelt. In die gewöhnlichen Berechnungen des Ressourcenverbrauchs fließt allerdings nicht die Menge an Rohstoffen ein, die für Förderung und Transport benötigt werden. Das waren den Berechnungen zufolge im gleichen Jahr 29 Milliarden Tonnen. **Damit gehen zwei Fünftel der weltweiten Rohstoffe allein für den Export von Gütern und Dienstleistungen drauf.**

Weil diese Menge nie das Herkunftsland verlässt, werde sie nicht adäquat mitberechnet, schreiben die Autoren. Wenn ein deutscher Zulieferbetrieb für die Autoindustrie eine Tonne Stahl verarbeitet, verbraucht er weit mehr als nur eine Tonne Stahl, so das Argument. Das Konzept ähnelt dem des CO₂-Fußabdrucks, der die bei Produktion und Transport eines Produkts anfallenden Emissionen mitberechnet und der in der Klimapolitik viel diskutiert wird.

Materieller Fußabdruck: Die ehrliche Berechnungsmethode

Als Alternative zu gängigen Berechnungsmethoden wie dem inländischen Materialverbrauch schlägt Wiedmann nun vor, den „materiellen Fußabdruck“ zum Standard bei der Berechnung des Ressourcenverbrauchs zu machen.

Um ihn zu ermitteln, multiplizierten er und seine Kollegen die Nachfrage eines Landes nach Gütern und Dienstleistungen in einem Jahr mit Multiplikatoren, die alle für den Endverbrauch benötigten Materialien repräsentieren. Diese Größen ermittelten sie mit einer gigantischen Menge an Daten, in der Transaktionen von fast 15.000 Industriesektoren in 186 Ländern erfasst sind.

Darin zeigt sich: In allen betrachteten Industrieländern wächst der Ressourcenverbrauch annähernd proportional zum Bruttoinlandsprodukt, wenn man den materiellen Fußabdruck zugrunde legt. Von relativer Entkopplung ist dann keine Spur mehr. In absoluten Werten sind die USA der mit Abstand größte Importeur von Rohstoffen, die in gehandelten Gütern stecken, und China der größte Exporteur.

In Südtalien rechnen sich Photovoltaikanlagen beim dortigen Einspeisepreis von aktuell sieben bis acht Cent ohne jegliche Förderung.

> Fortsetzung von Seite 7

Die Berechnungsmethode steht nun für jeden bereit, und die Ergebnisse scheinen eindeutig zu sein: **Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch und dessen negativen Umweltfolgen ist eine unwahre Geschichte – und wird es erst einmal bleiben.**

Viele, die einen Hoffnungsschimmer für eine nachhaltigere Wirtschaft sahen, werden jetzt also enttäuscht. Die Arbeit beginnt von Neuem.

Quelle:

WirtschaftsWoche Green | Jan Willmroth 4.9.2013

Nachhaltige Geldanlagen – Eine Übersicht für institutionelle Anleger

Es gibt kaum eine Fragestellung, welche in den letzten Jahren so intensiv untersucht wurde und noch immer wird, wie der Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und der Wertentwicklung von einzelnen Unternehmen und ganzen Portfolios.

Nachhaltige Anlagen haben in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen und verzeichnen seit Jahren ein stark überdurchschnittliches Marktwachstum. Insbesondere institutionelle Anleger integrieren Nachhaltigkeitsaspekte vermehrt in Ihre Anlageprozesse.

Absolut langfristig sollten institutionelle Investoren investieren. Eigentlich. Nur sieht die Realität anders aus. Die Fehler der Vergangenheit, die zu einer zu starken Ausrichtung auf Zinsinvestments geführt haben und nicht zum Aufbau von stillen Reserven, führen die auf garantierten Versicherungsleistungen beruhenden Altersvorsorgeprodukte im aktuellen Kapitalmarktumfeld an ihre Grenzen. Die bei der Wiederaanlage zu erzielenden Renditen sind zu gering, da die Investoren an den regulatorischen Rahmen des „Investment Grade“ gebunden sind. Wenn stille Reserven im Rentenbestand gehoben würden, um kurzfristige Auszahlungen zu optimieren, verlagert man nur die Probleme.

Die langfristigen Verpflichtungen lasten schwer auf den Bilanzen. Dabei reden wir nur von Renditen von 3,5 bis 4 % p. a. Wir reden nicht von Renditen von über 10 % p. a., wie sie über längere Zeiträume und auch in den letzten Jahren von den führenden institutionellen Anlegern erzielt wurden. Solche Renditeniveaus sind nicht mit Anleihen zu erzielen, sondern nur, wenn in Aktien und andere Real Assets auf einer Private-Market-Basis investiert wird. Das höhere Risiko einer solchen Asset Allocation muss wohlselektiert, breit diversifiziert und – das ist der entscheidende Punkt – über den Faktor Zeit entvolatilisiert und so in der Zielrendite stabilisiert werden.

Diese Langfristigkeit ist es, mit der viele institutionelle Investoren aus dem VAG-Bereich, aber auch Stiftungen und Versorgungswerke nur eingeschränkt leben können. Sie sind nur auf dem Papier langfristige Investoren, in der Realität hängen sie an der kurzen Leine. Zum Teil ist dies selbst verschuldet, denn es wurde zu wenig an den Aufbau der stillen Reserven gedacht, zum anderen ist es systemimmanent. Wer Renditen garantiert, muss liefern. Von Solvency II und seiner kruden Säule 1, die sich – zum Glück – in der Überarbeitung befindet, gingen ebenfalls kurzfristige Investitionsanreize aus.

Trotz alledem: Es muss jetzt gehandelt werden. Langfristige Investitionen lohnen sich, nicht nur für die Investoren und den dahinterstehenden Sparer, sondern auch volkswirtschaftlich. Wir – insbesondere in Deutschland – haben die Assets zur Schaffung von neuer und besserer Infrastruktur, z.B. für den Aufbau einer effizienteren und nachhaltigen Energieversorgung. Nutzen wir dieses Potenzial.

Voigt & Kollegen ist Mitglied im Verband für Nachhaltige Geldanlagen (FNG www.fng.org). FNG erläutert welche verschiedenen Ansätze sich hinter dem Begriff Nachhaltige Anlagen (Sustainable Investments) verbergen und erklärt, wie nachhaltiges Anlegen in der Praxis funktioniert.

Das Kernanliegen von nachhaltigen Anlagen ist, durch die Verwendung von ESG-Kriterien (Environment/Umwelt, Social/Soziales und Governance/Gute Unternehmensführung) zusätzlich zu den klassischen finanziellen Kriterien das Risiko-Ertrags-Verhältnis zu verbessern und gleichzeitig auf eine verstärkte Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der Wirtschaft hinzuwirken.

Die meisten Anleger verfolgen mit Nachhaltigen Geldanlagen folgende Motive und Ziele:

Umsetzung der eigenen Unternehmensleitbilder oder Werte (z.B. Kirchen, Wohlfahrts- und Umweltorganisationen). So wird eine Umweltstiftung eine Investition in umweltschädliche Unternehmen vermeiden. Die wichtigsten häufig genannten Ziele sind Rendite und Risiko, insbesondere zeigt die jüngste Finanzkrise, dass ein Nachhaltigkeitsfilter auch ein guter Risikofilter ist. Eine weitere wichtige Motivation ist das Image der eigenen Organisation bzw. die treuhänderische Pflicht.

Viele Unternehmen merken, dass das Thema zunehmend Eingang in den Mainstream findet. Die Mitglieder/Gremien wollen vielfach die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit auch aus Reputationsgründen.

Nachhaltigkeit und Rendite

Es gibt kaum eine Fragestellung, welche in den letzten Jahren so intensiv untersucht wurde und noch immer wird, wie der Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und der Wertentwicklung von einzelnen Unternehmen und ganzen Portfolios. Stellvertretend für diese Vielzahl an Studien soll an dieser Stelle das Ergebnis einer Metastudie des Investmentconsultants Mercer genannt werden: Von den insgesamt 36 zugrunde liegenden wissenschaftlichen Studien zeigten 20 einen positiven Zusammenhang zwischen den ESG Faktoren Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung (Environment, Social, Governance) und finanzieller Performance. Zwei Studien zeigten einen neutral bis positiven, acht einen neutralen, drei einen neutral bis negativen und drei einen negativen Zusammenhang. Diese Größenordnungen finden sich auch in anderen Meta-Studien.

Die Studie von AP7 „The Performance of SRI“ untersuchte 21 Studien im Zeitraum von 2008 bis 2011, sieben zeigten keinen Performanceunterschied von SRI zu konventionellen Investments, fünf zeigten einen positiven Zusammenhang auf und nur drei einen negativen Zusammenhang.

Ein solcher Zusammenhang ist auch intuitiv nachvollziehbar: Unternehmen, die sich aktiv mit ökologischen und sozialen Fragestellungen auseinandersetzen, haben manchmal einen vergleichsweise höheren Aufwand, sind aber im Gegenzug ihren Konkurrenten einen Schritt voraus: Sie reduzieren die Konflikte mit Anspruchsgruppen wie Kunden, Lieferanten und Mitarbeitern, sparen dank ressourcenschonenden Prozessen Geld und müssen nicht kostspielige Nachbesserungen bei Veränderungen des regulatorischen Umfelds vornehmen.



Studie zur Energiewende von Deloitte und Norton Rose

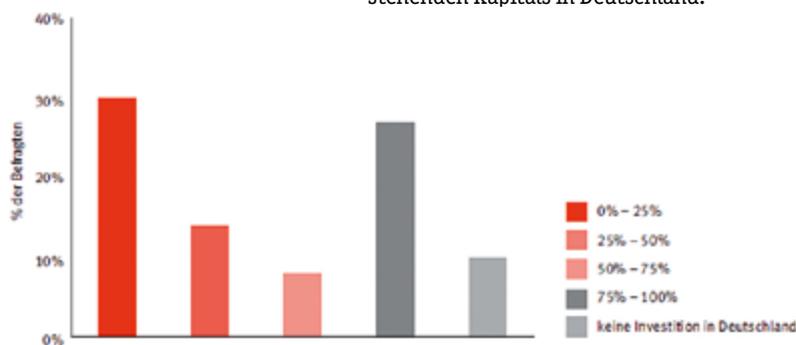
Das Ziel ist es, die Energiewende aus Sicht der Investoren näher zu beleuchten und diesen eine Entscheidungshilfe für zukünftige Investitionen an die Hand zu geben.

Laut Schätzungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind bis 2020 Investitionen von etwa 240 bis 260 Milliarden Euro und bis 2050 Investitionen von weiteren rund 390 Milliarden Euro für das Gelingen der Energiewende erforderlich. Der ganz überwiegende Teil der Investitionen wird für den weiteren Ausbau der Erzeugungskapazitäten, den entsprechenden Aus- und Umbau der Netze sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz benötigt.

Doch wer finanziert die Energiewende? Welches sind die größten Herausforderungen für ihr Gelingen? Passt sich das Investitionsverhalten der Marktakteure an das Voranschreiten der Energiewende an? Zeichnen sich neue Kooperationswege zur Erreichung der Energiewende ab? Diese Fragen liegen der aktuellen Marktumfrage „Die deutsche Energiewende“ von Deloitte und Norton Rose zugrunde.

Das Ziel ist es, die Energiewende aus Sicht der Investoren näher zu beleuchten und diesen eine Entscheidungshilfe für zukünftige Investitionen an die Hand zu geben. An der Umfrage haben mehr als 100 deutsche oder in Deutschland investierende Unternehmen teilgenommen, darunter große Energieunternehmen, Stadtwerke und Stadtwerksverbände, Versicherungen, institutionelle Fonds, Banken sowie Vertreter aus der Wind- und Solarindustrie.

Zum überwiegenden Teil investieren die befragten Unternehmen entweder weniger als 25 Prozent oder aber mehr als 75 Prozent des ihnen für Investitionen in Erneuerbare Energien/Energie-Infrastruktur zur Verfügung stehenden Kapitals in Deutschland.



Quelle: Norton Rose / Deloitte Marktumfrage

Generell kann festgehalten werden, dass je größer das befragte Unternehmen, desto geringer der Anteil der auf Deutschland entfallenden Investitionen. Alle befragten Versicherungen investieren international,

gleiches gilt bei den befragten Banken bei der Ausreichung von Projektfinanzierungen.

Bei den befragten Energieunternehmen wurden in Abhängigkeit vom Grad ihrer Internationalisierung alle oben dargestellten Allokationen genannt.

Für die Gruppe der institutionellen Fonds gilt: In Abhängigkeit der Fondsstatuten bildet Deutschland entweder den geografischen Schwerpunkt der Investitionen oder macht unter dem Gedanken der „Beimischung“ nur einen vergleichsweise geringen Anteil der Asset-Allokation aus.

Kapitalgeber: Wer soll die Energiewende finanzieren?

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die überregionalen Energieunternehmen, Stadtwerke und Stadtwerksverbände sowie die Netzbetreiber zur Finanzierung der Energiewende berufen. Indes löst die Energiewende gleichzeitig einen umfassenden Strukturwandel der gesamten Energiebranche aus. Der interne Reorganisationsaufwand ist gerade bei den großen Energieunternehmen erheblich. Bedenkt man, dass die großen deutschen Energieunternehmen mit der Abschaltung der Atomkraftwerke belastet werden, wird deutlich: Sie werden nicht in der Lage sein, im Alleingang den Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten sowie den Aus- und Umbau von Übertragungs- und Verteilnetzen umzusetzen.

Insgesamt wurden 40 Prozent der Investitionen in Erneuerbare Energien durch Privatpersonen finanziert (Stand 2011, vgl. Agentur Erneuerbare Energien – Eigentumsverteilung).

Bürgerbeteiligungsmodelle spielen dabei eine erhebliche Rolle. Darüber hinaus haben Privatpersonen über gewerblich arrangierte KG Fonds vor allem in Wind- und Solarparks investiert. Die privaten Haushalte leisteten somit bislang einen erheblichen Finanzierungsbeitrag. Die im Interesse des Anlegerschutzes aktuell stattfindende Regulierung des grauen Kapitalmarktes durch Umsetzung der europäischen Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFMD) und Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB), welches zum 22. Juli 2013 in Kraft trat, gefährden jedoch nach Ansicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energien

die Realisierung weiterer Erneuerbarer Energie-Projekte.

Versicherer sind aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus gezwungen in sogenannte „alternative assets“ zu investieren; hierunter fallen auch „Erneuerbare Energien“ und „Infrastruktur“. Neben den Versicherern übernehmen auch institutionelle Fonds eine wesentliche Eigenkapitalfinanzierungsfunktion.

Der ganz überwiegende Teil der Erneuerbaren Energie-Projekte wird regelmäßig auch mit Fremdkapital finanziert, so dass nahezu alle deutschen Kreditinstitute und (mittelbar) die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine ganz wesentliche Finanzierungsrolle übernehmen.

Das Ergebnis der Umfrage

Zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass das Ziel, bis 2020 35 Prozent des Bruttostromverbrauchs durch Erneuerbare Energien zu decken, vollständig oder überwiegend erreicht wird.

Die Investitionsschwerpunkte der Befragten verschieben sich. Das Interesse an Solar- und Offshore-Wind-Investitionen ist stark rückläufig, Onshore-Wind-Investments erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit, eine große Investitionspriorität messen die Befragten dem Ausbau der Netzinfrastruktur und der Speichertechnologien bei.

Die durchschnittlichen Eigenkapitalrenditeerwartungen der Umfrageteilnehmer differieren teilweise erheblich: Die Erwartungen institutioneller Fonds liegen deutlich höher als die der Energieunternehmen und Versicherungen. Geringere Unterschiede bestehen zwischen den Renditeerwartungen der Energieunternehmen und der Versicherungen. Vergleichsweise hohe Renditen machen Investitionen in Auslandsmärkten attraktiver.

Das Förderregime, die allgemein guten gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die volkswirtschaftliche Stabilität machen Deutschland aus Sicht der Befragten generell zu einem attraktiven Investitionsstandort. Die bestehende Unsicherheit über eine Änderung des Förderregimes sehen die meisten Teilnehmer als wesentliches Hindernis für zukünftige Investitionen an. Die Beibehaltung

der EEG-Förderung, zusätzliche Anreize zum Ausbau der Netzinfrastruktur sowie Anpassungen bei Basel III und Solvency II zur Förderung von Investitionen sind für die Befragten von besonderem Interesse.

Kooperationen sind für die Realisierung von Erneuerbaren Energie- und Netzinfrastrukturprojekten ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die Gründe für das Eingehen von Kooperationen unterscheiden sich nicht von den Motiven in anderen Industriesektoren. Namentlich sind diese das technische Know-how des Partners und dessen Marktzugang, die Verteilung des Risikos und der Finanzierungslast. Mögliche Kooperationen zwischen Energieunternehmen auf der einen Seite sowie Versicherungen und institutionellen Fonds auf der anderen Seite stehen im Vordergrund, wobei zunächst eine Zusammenarbeit auf Einzelprojektebene angestrebt ist.

Im Jahr 2012 betrug nach einer Studie des BDEW der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung nach vorläufigen Schätzungen rund 21,9 Prozent (BDEW 2013 – Erneuerbare Energien und das EEG, S. 14). Das bedeutet, dass bis 2020 der Anteil der Erneuerbaren Energien gemessen an der heutigen Stromerzeugung um rund 50 Prozent gesteigert werden muss.

Über zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass das von der Bundesregierung gesetzte Ziel, bis 2020 mindestens 35 Prozent des Bruttostromverbrauchs durch Erneuerbare Energien zu decken, vollständig oder zumindest überwiegend erreicht wird.

Auch der BDEW hält das ambitionierte Ziel von mindestens 35 Prozent im Jahr 2020 für durchaus realistisch, verweist aber auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der derzeitigen Dynamik (BDEW 2013 – Erneuerbare Energien und das EEG, S. 13).

Nach den größten Hindernissen für eine erfolgreiche Umsetzung der „35-Prozent-Erzeugungsquote“ befragt, nannten die Teilnehmer insbesondere

- › die mangelnde Koordination zwischen Politik und Industrie,
- › die Angst der Bevölkerung vor weiter steigenden Energiepreisen und
- › die unzureichende Netz- und Speicherinfrastruktur.

Impressum:

Voigt & Coll. GmbH · Kaistraße 18 · 40221 Düsseldorf · Tel. +49(211) 30 20 60 40 · Fax. +49(2 11) 30 20 60 49
info@voigtundcollegen.de · www.voigtundcollegen.de

Dieser Newsletter dient nur der ersten Information und ist nicht für eine Investitionsentscheidung geeignet. Die hierin enthaltenen Informationen wurden sorgfältig zusammengestellt. Für deren Richtigkeit und Aktualität wird keine Haftung übernommen.